

Mehr als ein Reparaturbetrieb Europa

Das Votum der SPD zu den Griechenland-Hilfen im Deutschen Bundestag

von Manfred Nink

Die Abstimmung über die Hilfen für Griechenland im Bundestag hat große mediale Wellen geschlagen. Ich möchte an dieser Stelle erläutern, wie mein Abstimmungsverhalten und auch das Votum des Großteils der SPD-Fraktion zustande gekommen sind.

Zunächst einmal gilt es eine klare Aussage von mir festzuhalten. Ich halte die Kredite für Griechenland grundsätzlich für richtig, denn ich will ein handlungsfähiges und stabiles Europa. Die Stabilität unserer Währung muss gesichert und vor Spekulationen geschützt werden. Vor allem auch Deutschland profitiert davon. Ein populistisches „Nein“, wie von der LINKEN, gab es deshalb von mir nicht. Trotzdem konnte ich dem Gesetzentwurf, den die schwarz-gelbe Bundesregierung vorgelegt hat, nicht zustimmen. Ich habe mich enthalten.

Zu meinen Beweggründen: Meiner Meinung nach hätten zwei Aspekte zusammen mit den Griechenland-Hilfen geklärt werden müssen. Erstens die Frage, wie die Verursacher der Krise - also die Jongleure an den Finanzmärkten mit ihren spekulativen Geschäften - an den Folgekosten der Krise beteiligt werden sollen. Zweitens die Frage, welche Maßnahmen und Instrumen-

te ergriffen und geschaffen werden sollen, um die Wiederholung einer solchen Krise zu verhindern.

Ich will keinen reinen Reparaturbetrieb Europa, sondern wir müssen bereit sein, mit geeigneten Instrumenten die Handlungsfähigkeit



Sigmar Gabriel legt die SPD-Position am 7. Mai im Deutschen Bundestag dar.
Bild: Fernsehen des Bundestages

der EU für die Zukunft zu gewährleisten. Auch um diese Verantwortung für Europa und Deutschland ging es bei der Entscheidung über die Griechenland-Hilfen.

Die SPD hat auf die von mir dargestellten Fragen auch Antworten vorgeschlagen. Ein Entschließungsantrag, mit dem der Bundestag zum Ausdruck bringt, dass Finanzmärkte in Zukunft stärker reguliert werden sollen, wollte die SPD-Fraktion zusammen mit den Griechenland-

Hilfen abstimmen lassen. Zudem fordert die SPD die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (siehe dazu den Beitrag auf Seite 2). Auch dieser Vorschlag hätte in irgendeiner Form in den Entschließungsantrag mit einfließen müssen. Verhandlungen in diese Richtung zwischen den Fraktionen wurden mehrfach geführt und schließlich vor allem aufgrund der verantwortungslosen Verweigerungshaltung der FDP ergebnislos abgebrochen.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen von Union und FDP stellen sich nicht ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl. Sie laden das volle Ausfallrisiko für die Griechenland-Kredite ausschließlich beim deutschen Steuerbürger ab. Banken und Spekulanten werden an den Folgekosten der durch sie verursachten Krise nicht beteiligt. Das ist in hohem Maße ungerecht! Zudem zeigt diese Regierung keine Perspektive auf, mit welchen Mitteln sie künftig ähnliche Krisen verhindern will. Eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und eine Finanztransaktionssteuer wären die richtigen Mittel, die die grundsätzlich zu bejahenden Griechenland-Hilfen hätten begleiten müssen. Die Bundesregierung war dazu nicht bereit. Deshalb meine Entscheidung.

Spekulationen eindämmen!

Die Zeit für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer war nie so günstig.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine Finanztransaktionssteuer ein, um Spekulanten an den Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beteiligen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in der EU bereits etwa sieben Millionen Arbeitsplätze gekostet. Banken und Investmentfonds machen bereits wieder Gewinne und zahlen ihren Managern Boni.

Eine Steuer auf sämtliche Finanzgeschäfte ist ein sinnvolles Instrument, um das Ausmaß der Finanzspekulationen zu begrenzen. Zudem würde die Steuer die Finanzjongleure an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Eine geringe Steuer in Höhe von 0,05 Prozent auf jedes Finanzgeschäft würde weltweit zu Einnahmen von rund 500 Milliarden Euro führen. Allein in der EU würden die Staaten fast 200 Milliarden Euro einnehmen. In Deutschland würde sich das Aufkommen auf fast 40 Milliarden Euro belaufen.

Die Finanztransaktionssteuer wäre damit umfassender als die sogenannte Tobin-Tax, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht.

Angesichts der hohen Verschuldung in fast allen EU-Staaten sind zusätzliche Einnahmen dringend erforderlich. Die Mittel aus der Finanztransaktionssteuer können beispielsweise für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie klimafreundliche Technologien investiert werden. Ein Teil des Aufkommens könnte dazu verwandt werden, weltweit Armut und

Hunger zu bekämpfen.

Der Zeitpunkt, um eine solche Steuer auf Finanzgeschäfte weltweit einzuführen, ist so günstig wie nie zuvor. Ende Juni werden sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Toronto treffen und über eine solche Steuer sprechen. Es gibt aus meiner Sicht nichts, was gegen die Finanztransaktionssteuer spricht. Großbritannien erhebt eine

platz in Europa ist. Von den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben bereits zehn Staaten eine Steuer auf Finanzgeschäfte eingeführt. Auch dem US-Kongress liegt ein Gesetzentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor. Selbst Indien hat bereits eine solche Steuer!

Im März verhinderte die Koalition aus CDU/CSU und FDP übrigens eine Anhörung von Experten zu diesem Thema im Bundestag. Und die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) angekündigte Bankenabgabe ist keine ernst zu nehmende Alternative. Hierbei handelt es sich nämlich nicht um eine Beteiligung der Banken an den Krisenkosten, sondern um einen Ausfallfonds für die nächste Krise. Die Botschaft: Die Einstellung der Banken und Spekulanten muss sich nicht ändern, beim nächsten Mal fallen dann auch Privat-

banken mit riskanten Investmentgeschäften wieder weich.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die Kreditvergabe an den Mittelstand verteuert wird und die schwarz-gelbe Bankenabgabe zu Lasten der Sparkassen geht.

Die Bundesregierung sollte sich deshalb endlich dafür einsetzen, dass eine Finanztransaktionssteuer beim G20-Treffen im Juni beschlossen wird. Falls dies wider Erwarten nicht möglich sein sollte, sollte Deutschland sich zunächst auf EU-Ebene für eine europäische Vereinbarung einsetzen.

Manfred Nink



In der Initiative „Europeans for Financial Reform“ sind Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und Gewerkschaften, Bürger, Wissenschaftler und Politiker versammelt, um eine Kampagne für Reformen im Bank- und Finanzwesen anzustoßen. Die Kampagne startete am 21. September 2009. Unterstützt wird sie unter anderem vom DGB, der Sozialdemokratischen Partei Europas sowie der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament.

Im Internet unter:
<http://europeansforfinancialreform.org>

ähnliche Steuer seit dem Jahr 1964, obwohl London der größte Finanz-

Kein Presseauflauf in der Kantine

Judith Ciganovic über ihre Praktikumserfahrungen im Berliner Politikbetrieb

Wie wird Politik gemacht? Theoretisch schon nicht einfach, aber praktisch? Genau dieser Frage durfte ich einen Monat im Bundestagsbüro von Manfred Nink nachgehen. Und ich muss sagen, es ist wohl wie so oft etwas anders als man denkt.

Die erste Woche ist gleich Sitzungswoche. Das Haus ist voll. Alles bewegt sich, alles eilt durch die Gänge. Die Stimmung ist etwas angespannt. Viele der Gesichter, die mir auf den langen Fluren entgegenkommen, sind aus Nachrichten und Fernsehen bekannt. Und ja, im Fernsehen wirkt der Mensch wohl etwas größer als im wahren Leben. Aber das ist nicht der einzige Unterschied zwischen Politik in den Medien und in der Realität.

Wirklich positiv überrascht war ich vom Ton der Politiker untereinander, vor allem in den Ausschusssitzungen. Kennt man doch aus Politiksendungen oftmals nur den verbalen Schlagabtausch, so benahmen sich die Damen und Herren im geschlossenen Raum doch eher wie Schulkameraden. Man kennt sich schon länger, man lacht (meistens) miteinander und auf Ermahnung des Vorsitzenden hört man dem Redner dann wieder zu. Den politischen Revierkampf suchte ich häufig vergebens.

Das Dasein des Abgeordneten selbst ist weit mehr als Spesen und öffentliche Auftritte. Es ist straffe Organisation. Nach der Sitzungswoche fand im Bundestag eine regelrechte Reisewelle statt. Viele sind auch in den Wahlkreisen noch kommunalpolitisch aktiv und haben Familie in der Heimat. Doch die



Ein Praktikum bei Manfred Nink ist mehr als Aktentragen, Kopieren und Kaffeekochen. Es liefert vielfältige Einblicke in den Arbeitsalltag im mächtigen Berliner Politikbetrieb.

Vielen Dank Judith für Deine Unterstützung, sagen Mirabell, Hanna, Manfred u. Marcel!

Flucht in die heimischen Gefilde ist alles andere als eine Arbeitspause. Zu Hause warten die Mitarbeiter des Wahlkreisbüros mit zu erledigenden Aufgaben. Und Dank moderner und altbekannter Kommunikationsmittel ist es egal, wo der Abgeordnete sich gerade befindet. Er ist immer erreichbar.

Im Büro ist die Stimmung wieder etwas entspannter. Bei den Ausarbeitungen und Vorbereitungen sitzt die Zeit nicht ganz so im Nacken. Ich selbst habe mich intensiv mit den Themen Gesundheitswirtschaft, Kultur- und Kreativwirtschaft sowie mit dem deutschen und europäischen Vergaberecht befasst. Viele Informationen galt es zu lesen, selbstständig aufzuarbeiten und mit Kollegen abzustimmen. Diese Ausarbeitungen dienen dann z.B. als Merktzettel für den Abgeordneten für seine Ausschussarbeit oder als Vorbereitung auf Fachgespräche mit Verbandsvertretern.

Die Rückreise nach der sitzungsfreien Woche fand für viele Abgeordnete wohl eher mit dem Auto oder der Bahn statt. Dank einer Journalistentraube vor dem Verkehrsausschuss und isländischer Aschewolke weiß ich jetzt auch, dass man einen Presseauflauf nicht in der Kantine bestellen kann. Und die freundliche Stimmung hinter den Kulissen stößt spätestens beim Thema „Steuersenkung trotz Wirtschaftskrise, ja oder nein“ an ihre Grenzen.

Mein Fazit aus einem Monat Bundestag: Politik ist Teamarbeit. Ob in der Fraktion, in den Ausschüssen, in den Arbeitsgruppen und insbesondere im Büro. Es funktioniert nur, wenn man zusammen arbeitet. Vielen Dank an Manfred Nink und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass Ihr mir ermöglicht habt, einen Blick hinter die Kulissen der Politikbühne zu werfen. P.S.: Viele Grüße auch an die nette Besuchergruppe aus dem Trierer Land.

4 | Aus Partei und Fraktion

Wann wir schreiten Seit' an Seit'



Manfred Nink am Infostand der Gewerkschaft Transnet vor dem Trierer Hauptbahnhof im Rahmen der Eröffnung des „Dampfspektakels“ am 1. April 2010. Foto: Transnet

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung und ihre unsoziale Politik führen uns vor Augen, wie wichtig es ist, dass die SPD zusammen mit Verbündeten in Gewerkschaften und Verbänden Druck auf CDU/CSU und FDP ausüben. Und das nicht nur am 1. Mai.

Wie nötig dies ist, zeigen nicht zuletzt der Kampf für einen Mindestlohn, das Ziel der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Beteiligung von Finanzjongleuren an der Finanzierung des Gemeinwohls oder auch der Protest gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten.

Die SPD und die Gewerkschaften haben ihre gemeinsame Wurzel in der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne waren zentrale Ziele. Die Idee der Arbeiterbewegung verbindet uns bis heute.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist die größte Ar-

beitsgemeinschaft in unserer Partei. Viele SPD-Mitglieder sind gleichzeitig auch Gewerkschafter und umgekehrt. Das ist gut so!

Vor diesem Hintergrund möchte ich bekräftigen, dass ich hoffe, dass sich viele unserer Mitglieder und Gewerkschafter in die Diskussionen um die Arbeitsmarktpolitik (siehe Spreebrief 06) einbringen. Das Wissen um die Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ort in den Betrieben kann die Debatte nur bereichern.

Gerne bin ich bereit mit den Kolleginnen und Kollegen sowie den Betriebsräten in der Region zu diskutieren, wie wir gemeinsam für mehr Gerechtigkeit, mehr Mitbestimmung und faire Löhne kämpfen können.

*Herzlichst,
Euer*

Seit dem letzten Spreebrief

29. März bis 4. April

Besuchergruppe der Jugendfeuerwehr Kenn

Eröffnung des Dampfspektakels in Trier

5. bis 11. April

Antrittsbesuch bei der Wehrtechnischen Dienststelle 41 in Trier

Tunnelanbohrung in Ediger-Eller

12. bis 18. April

Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und Gespräche mit den Trierer SPD-Ortsvereinen Kürenz, Tarforst und Nord

Empfang der SPD-Stadtratsfraktion Worms in Trier

Eröffnung Öko 2010 in Trier

19. bis 25. April

Sitzungswoche des deutschen Bundestags

Gespräch mit Vertretern der deutschen Wasserwirtschaft

Gespräch mit der Botschafterin von Ruanda I.E. Frau Christine Nkulikiyinka und Gespräch mit dem Botschafter Israels, S.E. Herr Yoram Ben Zeev

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de